

Polizeiliche Bekanntmachung.

Das Ansammeln von Beiträgen zur Förderung von socialdemokratischen oder kommunistischen, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung gerichteten Bestrebungen, sowie die öffentliche Aufforderung zur Leistung solcher Beiträge werden auf Grund des § 16 des Reichs-Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 (Reichsgesetzblatt Seite 351) für den Bezirk der unterzeichneten Polizeibehörde hierdurch unter dem Hinzufügen verboten, daß Zuwiderhandlungen gemäß §§ 20 und 21 des angeführten Gesetzes werden bestraft werden.

Oberhausen, den 14. Novbr. 1878.

Die Polizeibehörde.

S c h w a r z.

Manfred Dammeyer

Entstehung und Wirksamkeit des Sozialistengesetzes von 1878 und seine Auswirkungen in Oberhausen, soweit sie aus den Unterlagen des Stadtarchivs und der Literatur zu erkennen sind.

Nach der erfolgreichen staatlichen Einigung des kleindeutschen Reiches im Gefolge des deutsch-französischen Krieges 1870-71 und dem Kulturkampf zwischen preußischem Staat und deutschem Reich einerseits und katholischer Kirche andererseits 1872-78 schien es dem Reichskanzler Fürst Bismarck an der Zeit, die innenpolitische Auseinandersetzung mit dem Liberalismus und der sozialistischen Arbeiterbewegung zu suchen, die sich organisatorisch in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) festigte.

Erster Vorwand war ein Attentatsversuch des Hilfsarbeiters Hödel am 11. Mai 1878 auf den Kaiser. Er stand zwar in keinerlei Verbindung zur Sozialdemokratie, aber die Reichsregierung versuchte, ihre Chance zu nutzen: Nur sechs Tage später, am 17. Mai legte der Bundesrat, die Vereinigung der Regierungen der am deutschen Reich beteiligten Länder, dem Reichstag einen Gesetzentwurf "zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" vor. Am 23. und 24. Mai debattierte der Reichstag. Der "Bevollmächtigte des Bundesrathes für das Königreich Preußen, Staats- und Minister des Innern", Graf zu Eulenburg, gab unumwunden zu, daß man nur den Vorwand gesucht hatte:

Wir sind der Meinung, meine Herren, und ich denke, es wäre nicht schwer, Thatsachen die Fälle dafür anzuführen, daß die Gefahren, die uns von der Sozialdemokratie drohen, in der That ernst genug sind, um daran zu denken, wie man ihnen begegnen kann, und in dieser Beziehung erfreue ich mich auch der Zustimmung des Herrn Vorredners. Ich bin aber auch weiter der Meinung, daß man einen geeigneten Zeitpunkt nicht soll vorübergehen lassen, ohne diese, wie ich allerdings anerkenne, heikle und schwere Arbeit in Angriff zu nehmen, und für einen solchen geeigneten Zeitpunkt, meine Herren, müssen die verbündeten Regierungen den gegenwärtigen halten, denn die öffentliche Aufmerksamkeit im Lande ist in einer

so scharfen Weise, wie selten zuvor, gerade auf die Gefahren hingelenkt worden, um deren Bekämpfung es sich handelt.

(Sehr richtig! rechts.)

In herzerhebender Weise hat man in allen Theilen des Vaterlandes auf das Attentat, welches nicht bloß gegen das Leben des ehrwürdigen Herrschers, welches gegen die Ehre dieses Volkes und Landes gerichtet war, geantwortet. Aber, meine Herren, diese Gefühle, so sehr sie auch Nachklang finden, wägen in den weitesten Kreisen, sind nicht genug, um zu reagiren gegen derartige Ereignisse.

(Auf bei den Sozialdemokraten: Reaktion!)

C89-1552

Ich glaube also, meine Herren, daß der Zeitpunkt in der That ein geeigneter war, und daß es nicht genügt, sich an der Kundgebung dieser warmen und herzerhebenden Gesühle zu erfreuen, sondern daß es notwendig war, den Ernst der Thatfachen, welche damit in Verbindung stehen, in Rechnung zu ziehen. Und dies, meine Herren, ist der Anlaß gewesen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt gewählt ist für diese Vortage, nicht aber, wie ich ausdrücklich in Wiederholung das Wort meines Herrn Kollegen vom Bundesrath hervorhebe, nicht der Grund. Der Grund liegt in den Erscheinungen der Sozialdemokratie, welche von allen Rednern, die bis jetzt gesprochen haben, in genügender und entschiedener Weise gekennzeichnet worden sind.

Eins, meine Herren, noch bei Gelegenheit dieses Punktes ist vorher angedeutet worden, daß man die Freveltthat, in unserer Mitte vor noch nicht zwei Wochen geschehen ohne weiteres der Sozialdemokratie imputire, daß man ihne, während die Untersuchung noch nicht abgeklärt sei, und daß man schon damit ein Unrecht gegenüber den Sozialdemokraten begehe. Es ist, so viel habe vernehmen können, niemanden, am wenigsten mir, einem Vertreter der Bundesregierungen eingefallen, zu behaupten, daß diese That speziell veranlaßt oder hervorgerufen worden ist auf Anstiften der Sozialdemokraten. Nein, meine Herren, dahin geht die Behauptung nicht. Die Behauptung geht aber dahin, daß die Lehren der Sozialdemokratie die Gemüther in der Art verwirren, daß sie sehr leicht gleichen Nachlässigkeiten erzeugen können, und in diesem Zusammenhange allein macht man die Sozialdemokratie und ihre Lehre für dergleichen traurige und erschreckende Erscheinungen verantwortlich.

Für die anwesenden elf sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten - der zwölfte, August Bebel, fehlte "entschuldigt" - gab in der Debatte Wilhelm Liebknecht nur eine kurze, stolze Erklärung ab:

Abgeordneter Liebknecht: Meine Herren, ich habe im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten eine Erklärung hier abzugeben.

Der Versuch, die That eines Wahnsüchtigen, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lange vorbereiteten Reaktionsstreiks zu benutzen und die moralische Urheberchaft eines noch unerprobten Mordattentats auf den deutschen Kaiser einer Partei zumwälzen zu wollen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig auffaßt, - richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Diskussion des dem Reichstag heut vorliegenden Ausnahmegesetzes theilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provokationen, von welcher Seite sie kommen mögen, in diesem Entschluß erschüttern lassen. Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, weil wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksfreiheit das unsrige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Waagschale werfen.

Dalle die Entscheidung des Reichstags aus, wie sie wolle; die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgung gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbesiegbaren Sache verleiht.

(Oh! oh! rechts.)

Muer, Blos, Braße, Demmler, Fricksche, Gasenclever, Kapell, Liebknecht, Most, Motteler, Altinghausen.

Liberales und Zentrumsabgeordnete wandten sich gegen die Verlesung, die politische Bewegung des Sozialismus zu kriminalisieren. Sie fürchteten auch Übergriffe der Polizeibehörden, die sich leicht auch gegen sie und ihre Anhänger richten konnten. Bei der Abstimmung über den ersten Paragraphen

§ 1.

Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können von dem Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort, oder, wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen.

Das Verbot ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag dies verlangt.

stimmten nur 57 Abgeordnete mit Ja, aber 251 mit Nein. Die verbündeten Regierungen erklärten, daß sie danach "auf die Abstimmung über die weiteren Paragraphen keinen Werth legen."

Am 9. Juni wurde Unter den Linden in Berlin auf den Kaiser erneut ein Attentat verübt. Auch dieser Attentäter, Dr. Wilhelm Nobiling, stand in keiner Beziehung zur Sozialdemokratie. Die Reichsregierung ließ freilich den Reichstag auflösen und setzte Neuwahlen an mit der ausschließlichen Zielsetzung, von einem anders zusammengesetzten Reichstag Unterdrückungsgesetze gegen die Sozialdemokratie genehmigen zu lassen. Die Wahlkampfausinandersetzungen drehten sich ausschließlich um dieses Thema. Die reaktionären Kräfte, die sich "reichstreu" nannten, verlangten nur das Eine: zur Abwehr der Sozialdemokratie gestärkt zu werden.

Den Wahlkreis Duisburg-Mülheim, zu dem auch Oberhausen zählte, vertrat der national-konservative Geheime Justizrath, Prof. Dr. von Schulte, der in Bonn wohnte, im Reichstag. Bei der Abstimmung über die Hödel-Vorlage im Mai hatte er unentschuldigt gefehlt. Mit Unterstützung der konservativen Kreise in den Bergbau- und Hüttenunternehmen und mit Hilfe der erzkonservativen "Rhein- und Ruhr-Zeitung", betrieb er einen massiven Wahlkampf, um seinen Stimmenanteil zu steigern.

Am 21. Juli veröffentlicht die "Rhein- und Ruhr-Zeitung" als zentralen Leitartikel ihren Wahlaufruf zugunsten Schultes:

An die Wähler des Wahlkreises Duisburg-Mülheim an der Ruhr!

Der 30. Juli rückt heran und mit ihm ein Tag, an dem Ihr Euer höchstes politisches Recht auszuüben habt, das Recht, durch die Wahl eines Abgeordneten für den deutschen Reichstag mitbestimmend einzuwirken auf die gesamte Verfassung des Reiches. Diesen höchsten politischen Rechte, haltend mit einzuwirken auf die Geschicke des Vaterlandes, steht zur Seite die heilige patriotische Pflicht, dieses Recht auszuüben nach bestem Wissen und Gewissen. Wer diese hohe staatsbürgerliche Pflicht verabsäumt, der täuscht schamlos das in ihn gesetzte Vertrauen, der begeht einen Act feiger Fahnenflucht, nicht bloß an der Sache seiner Partei, sondern an der großen und heiligen Sache des Vaterlandes!

Wähler! In Eurer Erinnerung lebt noch frisch die unerlöste Frevelthat, welche, indem sie die heiligsten Empfindungen der deutschen Nation in ihren tiefsten Tiefen erregte, den nächsten Anlaß zur Auflösung des Reichstages gab. Wir wollen uns hier nicht in eine müßige Erörterung darüber einlassen, ob diese Auflösung durch die Sachlage geboten war, oder ob nicht auch von dem früheren Reichstage eine wirksame Abwehr gegen die Feinde aller gesellschaftlichen Ordnung sich erwarten ließ. Die Reichsregierung, der das deutsche Volk mit mehr denn einem Decennium mit vollberechtigtem Vertrauen gefolgt ist, hat an die Nation appelliert und an letzterem ist es jetzt, auf diesen Appell zu antworten. Und diese Antwort darf nicht verneinend ausfallen; sie darf es nicht um der Zukunft des Vaterlandes willen!

Wähler! Die Mordversuche jener Clenden, deren Namen zu wiederholen unsere Feder sich sträubt, sind die Symptome einer entsetzlichen socialen Krankheit, welche sich schon leider zu tief in die Seele des deutschen Volkes eingefressen hat. Es gilt, durch einschneidende Maßregeln mit fester und starker Hand dem Umsichgreifen dieses moralischen Krebsgeschwulstes Einhalt zu thun; bevor das Gift desselben den gesamten Volkörper durchsetzt hat. Die Regierung ist entschlossen zur Ergreifung solcher einschneidenden Maßregeln, und Sachts des Volkes ist es jetzt, durch die Wahl geeigneter und energischer Männer in den Reichstag den Bestrebungen der Reichsregierung eine kräftige Stütze zu leihen. Der bewährte bisherige Abgeordnete unseres Wahlkreises, der

Scheine Justizrath Prof. Dr. v. Schulte in Bonn

hat in seiner großen Rede zu Mülheim an der Ruhr diese seine Unterstützung der Regierung in feierlichster Weise zugesagt. Herr Professor von Schulte wird sein verpfändetes Wort einlösen und mit Einsetzung aller seiner Kräfte an der heiligen moralischen Befundung unseres Volksgesistes mitwirken.

Wähler! Ihr habt in verschiedenen großen Versammlungen Eure Uebereinstimmung kundgegeben mit den Anschauungen und Bestrebungen Eures bisherigen bewährten Abgeordneten! Ihr habt einstimmig dessen Wiederwahl proklamirt und Euer Manneswort als Pfand dafür eingesetzt. Wähler! Der Tag naht, wo es Eure Ehre erheischt, dieses Pfand einzulösen! Der Verfalltag ist der 30. Juli; wir wollen, daß kein Mann von Character und politischer Wärme diesen Tag wird versäumen lassen. Es gilt die große Sache der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung! Das Vaterland hat ein Recht, zu verlangen, daß an diesem Tage ein jeder seiner Söhne seine volle Schuldigkeit thue!

Mit Gott für Kaiser und Reich!

Zu dieser Zeit gab es keine sehr entwickelte sozialdemokratische Organisation in unserer Stadt. Im Rheinland insgesamt hatte sich der Allgemeine Deutsche Arbeiterverband (ADAV), der von Ferdinand Lassalle gegründet worden war, gut entwickelt. 1864 wohnten von den 4 600 Mitgliedern des ADAV mehr als die Hälfte, nämlich 2 669, im Rheinland, davon 239 in Duisburg und 8 in Meiderich. Auch die SAPD, die 1869 in Eisenach von August Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründet worden war, hatte hier ihre Anhänger, kam aber an die Mitgliedszahlen der Lassalleaner nicht heran. Stärker freilich waren - vor allem infolge der starken konfessionellen Bindungen der Bergleute - die katholisch gebundenen Organisationen: die Kolpingvereine, der Bauernverein des Freiherrn von Schorlemer-Alst, zahlreiche Vinzenz- und Aloysiusvereine, christlich-soziale Arbeitervereine und die ihnen angeschlossenen Katholischen Knappenvereine, z.B. in Osterfeld, Borbeck, Rellinghausen.

Im Rheinland errang der ADAV 1867 bei der Wahl zum konstituierenden Reichstag seine beiden einzigen Mandate: durch den Arzt Dr. Reincke in Lennep-Mettmann und durch den Präsidenten des ADAV, von Schweitzer, in Elberfeld-Barmen, als dessen Gegenkandidat Bismarck aufgestellt worden war. 1874 gewann der Lassalleaner Wilhelm Hasselmann den Wahlkreis Barmen-Elberfeld für die Sozialdemokraten erneut in der Stichwahl. Im Rheinland erhielt die Sozialdemokratie bei dieser Wahl insgesamt 22 110 Stimmen. Bei den Reichstagswahlen von 1877 errang die - seit 1875 vereinigte - Partei im Rheinland einen 50%igen Zuwachs mit 32 960 Stimmen; im ganzen Reich stieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 351 083 auf 493 197 an. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion umfaßte die zwölf Abgeordneten, die sich dem ersten Versuch eines Verfolgungsgesetzes gegen die Sozialdemokratie entgegenstemmen mußten.

Bei den Wahlen am 30 Juli 1878 sank die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Reich auf 437 158, im Rheinland auf 26 168. Immerhin errang sie trotz der einschüchternden Kampagnen neun Reichstagsmandate, davon einen im Rheinland durch Wilhelm

Hasselmann, der den Wahlkreis Barmen-Elberfeld mit 15 220 Stimmen in der Stichwahl gewann. Es war üblich, daß prominente Kandidaten gleichzeitig in mehreren Wahlkreisen aufgestellt wurden. So konnten sie für die Partei in aussichtslosen Wahlkreisen besser agitieren, der Partei Wähler zuführen und damit die lokale Organisation stärken. Deshalb kandidierte Hasselmann außer in seinem Heimatwahlkreis Barmen-Elberfeld auch in Essen und in unserem Wahlkreis Duisburg-Mülheim. In Essen hatte er 1877 3 061 Stimmen erhalten, 1878 erhielt er nur 393. Während 1877 der sozialdemokratische Kandidat C. J. Kuhl in Duisburg-Mülheim 3 476 Stimmen erhielt, brachte es auch Hasselmann 1878 nur auf 465, davon kamen aus den fünf Oberhausener Wahlbezirken nur 17 Stimmen für ihn, in Holten und Sterkrade je eine, in Styrum waren es 23, in Alstaden elf Stimmen.

Für das Zentrum steigerte v.Schorlemer-Alst seine Stimmen von 7 532 (1877) auf 9 151, während der "reichstreue" Nationalist v.Schulte seine Stimmen von 13 403 auf 14 727 steigern konnte.

Über den Ablauf der Wahlgänge, wie er sie in Hörde, Dorstfeld, Schalke, Bochum und Oberhausen beobachtete, berichtet Otte Hue in seinem zweibändigen Werk: Die Bergarbeiter (Band II, S. 247 f.):

"Wie die Kinder oder Sklaven wurden die Arbeiterwähler von den Werksbeamten zu den Wahllokalen geführt. Vorher gab es zur 'Erhöhung der Begeisterung' Freischnaps oder Freibier. Dann bekam jeder Arbeiter den 'richtigen' Stimmzettel - der sich wie Pappdeckel anfühlte und allein schon die 'geheime' Wahl verhöhnste! - in die Hand gedrückt. Damit nun auf alle Fälle ein fixer Umtausch verhindert würde, bildeten Werksbeamte vor dem Wahllokal bis fast an den Wahl-tisch ein Spalier, durch das die 'freien' Arbeiterwähler mit dem sichtbar in der Hand zu haltenden Stimmzettel schreiten mußten. So erfochten die nationalliberalen Werks-terroristen ihre Wahlsiege trotz des geheimen Wahlrechts!"

Auf der folgenden Seite sind die Wahlergebnisse im Wahlkreis Duisburg-Mülheim von 1877 und 1878 im einzelnen dargestellt.

Resultate der Reichstagswahl im Wahlkreis
Duisburg-Mülheim am 30. Juli 1878.

Bürgermeisterei.	Wahlbezirk.	Zahl der stimmberechtigten Wähler.	Es haben Stimmen erhalten:			Ang. ab. resp. Stimmen.
			Prof. von Schulte	Schorlemer-Alst	Hasselmann	
Duisburg, Stadt.	1. Bezirk.	480	195	155	12	—
	2. "	615	235	208	12	—
	3. "	—	186	188	24	2
	4. "	716	327	212	13	—
	5. "	784	357	197	10	2
	6. "	670	258	250	18	1
	7. "	—	179	168	18	—
	8. "	705	245	229	14	1
	9. "	—	188	301	28	1
	10. "	—	209	246	11	1
	11. "	—	64	107	18	—
	12. "	682	179	309	22	2
	13. "	969	201	78	8	2
	14. "	941	148	78	2	—
Duisburg, Land.	Wanheim-Angerhausen.	168	119	8	2	—
	1. Bezirk.	471	235	94	9	1
	2. "	370	237	33	2	1
	3. "	544	254	109	9	—
	4. "	292	188	37	7	—
	5. "	258	181	33	—	—
	6. "	404	238	57	5	8
	7. "	368	189	75	3	1
Mülheim, Land.	Eppinghofen, 1. Bez.	411	190	92	1	—
	2. "	556	258	94	8	1
	Mellinghofen.	377	159	48	2	—
	Holthausen.	408	184	66	8	2
	Menden, Raab und Gaarhof.	408	246	22	2	—
	417	278	28	2	—	
	290	198	49	21	—	
	402	278	16	5	—	
Styrum.	Wülshausen.	261	103	39	—	—
	Dampfen, 1. Bezirk.	372	239	48	—	—
	2. "	—	—	—	—	—
	Styrum, 1. Bezirk.	614	217	192	11	—
	2. "	682	147	316	12	—
	Alstaden, 1. Bezirk.	326	211	50	1	—
	2. "	416	159	161	11	—
	Broid.	—	842	89	2	—
Boich.	Spelhof, 1. Bezirk.	430	176	64	7	—
	2. "	461	192	75	4	—
	Saarn.	—	216	181	16	—
	1. Bezirk.	474	247	109	2	—
	2. "	—	276	190	2	—
	3. "	324	379	143	2	—
	4. "	1224	325	459	2	—
	5. "	604	199	265	2	—
Oberhausen.	6. "	717	305	228	2	—
	7. "	628	201	233	3	—
	8. "	510	125	248	10	—
	1. Bezirk.	319	81	143	4	—
	2. "	378	251	34	5	—
	3. "	326	204	27	3	—
	4. "	908	136	77	17	—
	5. "	359	230	38	1	—
Holten.	6. "	—	185	61	1	—
	7. "	—	200	29	3	—
	Stadt und Feldmark Holten.	269	158	58	1	—
	Amt Holten.	164	55	40	—	—
	Sterkrade, 1. Bezirk.	791	167	983	1	—
	2. "	429	133	227	1	—
	Hamborn.	601	128	274	2	—
	Beed, 1. Bezirk.	430	189	76	9	—
Widderich.	2. "	—	354	90	10	—
	3. "	259	74	95	4	—
	4. "	402	151	186	0	—
	Dinslaken.	553	259	133	—	—
	Dinslaken, Stadt und Feldmark.	—	—	—	—	—
	Giesfeld.	396	386	36	—	—
	Walzum.	325	49	234	1	—
	Wesrum.	64	57	—	—	—
Dinslaken, Stadt und Feldmark.	Obstler.	68	54	—	—	—
	Müllen.	184	63	53	—	—
	Bönnen.	—	—	—	—	—
	Boerbe.	206	146	13	—	—
	Ober- und Unter-Emmelsum.	—	120	68	—	—
	Speßen, Ort u. Wehr.	227	73	133	—	—
	Gahlen.	—	228	4	—	—
	Gatrop-Wahl.	—	—	—	—	—
Gahlen.	Günze.	238	184	—	—	—
	Bruchhausen.	117	95	—	—	—
	Buchholtswellen.	66	64	—	—	—
	Summa	—	114727	9151	465	69

Resultat der Reichstagswahl im Wahlkreis
Duisburg-Mülheim am 10. Jan. 1877.

Bürgermeisterei.	Wahlbezirk.	Zahl der stimmberechtigten Wähler.	Es haben Stimmen erhalten:			Ang. ab. resp. Stimmen.
			Prof. von Schulte	Schorlemer-Alst	Hasselmann	
Duisburg, Stadt.	1. Bezirk.	508	191	188	59	—
	2. "	632	219	157	78	—
	3. "	570	171	121	103	2
	4. "	705	328	145	80	2
	5. "	781	368	124	69	1
	6. "	688	257	164	72	—
	7. "	440	150	97	91	3
	8. "	637	144	131	159	3
	9. "	586	91	176	122	—
	10. "	676	196	208	52	—
	11. "	274	88	71	68	—
	12. "	—	148	203	122	—
	13. "	374	156	62	56	—
	14. "	—	107	59	34	—
Duisburg, Land.	Wanheim-Angerhausen.	161	110	9	7	—
	1. Bezirk.	473	236	81	94	3
	2. "	377	234	24	17	—
	3. "	510	232	59	74	—
	4. "	254	178	29	8	—
	5. "	286	177	22	5	—
	6. "	316	240	59	17	—
	7. "	373	182	55	28	—
Mülheim, Land.	8. "	415	215	63	28	—
	414	207	16	76	—	
	Golthausen.	—	—	—	—	—
	Menden, Raab und Gaarhof.	407	228	48	50	—
	Holthausen.	—	98	80	105	—
	Beed.	—	886	216	14	58
	Wülshausen.	219	112	21	20	—
	Eppinghofen, 1. Bezirk.	579	208	56	89	—
2. "	378	139	83	58	—	
Styrum.	Mellinghofen.	368	138	55	49	—
	Dampfen, 1. Bezirk.	358	190	40	72	—
	2. "	407	154	89	74	—
	Styrum, 1. Bezirk.	—	145	181	165	—
	2. "	773	108	270	100	—
	Alstaden, 1. Bezirk.	404	172	41	71	—
	2. "	448	92	119	111	—
	Boich.	555	278	72	40	—
Boich.	Spelhof, 1. Bezirk.	393	180	38	38	—
	2. "	440	147	37	58	—
	Saarn.	366	235	170	58	—
	1. Bezirk.	485	231	106	4	—
	2. "	586	230	175	16	—
	3. "	693	359	149	23	—
	4. "	—	217	192	10	—
	5. "	—	137	281	42	—
Oberhausen.	6. "	251	219	1	1	—
	7. "	—	224	205	27	8
	8. "	704	98	278	60	1
	1. Bezirk.	—	57	110	49	—
	2. "	—	223	26	42	—
	3. "	—	173	30	83	—
	4. "	334	110	27	75	—
	5. "	368	200	91	29	—
6. "	—	149	63	23	—	
Holten.	7. "	306	174	29	32	—
	Stadt und Feldmark Holten.	290	177	55	8	—
	Amt Holten.	148	62	49	1	—
	Sterkrade, 1. Bezirk.	755	175	364	14	—
	2. "	—	103	220	7	—
	Hamborn.	—	128	271	19	—
	Beed, 1. Bezirk.	407	158	75	42	—
	2. "	—	283	55	105	—
3. "	—	272	58	24	—	
Widderich.	4. "	475	105	146	34	—
	Dinslaken.	551	289	163	—	—
	Dinslaken, Stadt und Feldmark.	—	—	—	—	—
	Giesfeld.	—	386	61	3	—
	Walzum.	326	50	229	4	—
	Wesrum.	60	57	—	—	—
	Obstler.	53	53	—	—	—
	Müllen.	129	62	52	—	—
Dinslaken, Stadt und Feldmark.	Bönnen.	88	74	1	—	—
	Boerbe.	206	129	15	—	—
	Ober- und Unter-Emmelsum.	223	107	66	—	—
	Speßen, Ort u. Wehr.	193	65	128	—	—
	Gahlen.	—	202	7	—	—
	Gatrop-Wahl.	—	102	—	—	—
	Günze.	237	177	—	—	—
	Bruchhausen.	—	98	—	—	—
Buchholtswellen.	—	69	—	—	—	
Summa	—	13403	7532	3476	46	

Noch vor den Wahlen, am 27. Juli 1878, forderte der Innenminister in Berlin von den Landräten und Bürgermeistern "speziellen Bericht über diejenigen Vereine, periodischen Druckschriften und Agitatoren ..., welche 'socialdemokratischen, socialistischen oder kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung gerichteten Bestrebungen' dienen. Inwieweit die christlich socialen Agitationen nach ihrem thatsächlichen Gebahren unter diese Bestrebungen einzubegreifen sind, bleibt Ihrem Ermessen überlassen."

In Tabellen sollen die Vereine und Verbindungen jeder Art, insbesondere auch genossenschaftliche Kassen, ihre Verbindungen mit der Internationale und der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angegeben werden, dazu in einem Anhang, "welche socialdemokratischen Vereine im dortigen Kreise in den letzten 3 Jahren polizeilich oder gerichtlich, polizeilich oder definitiv geschlossen worden sind." Ferner sollten die Zeitungen, Zeitschriften, socialdemokratischen Buchhandlungen und Druckereien gemeldet werden, auch alle Agitatoren und die Wirte, welche den Social-Demokraten für ihre Vereins-Zusammenkünfte oder für ihre Volksversammlungen die Locale eingeräumt haben. Sodann erfordert der Herr Minister summarisch Angaben über die in den letzten drei Jahren abgehaltenen Volks-Versammlungen, über Zahl und Art der Teilnehmer, "insbesondere über die Teilnahme von Frauen und unerwachsener Personen". Über die Vertraulichkeit des geheimen Erlasses hinaus verlangt der Minister ausdrücklich: "Für die Behandlung dieser Angelegenheit ist der Natur der Sache nach die größtmögliche Diskretion erforderlich, deren Beobachtung wir daher strengstens einschärfen."

Diesen Erlaß gab der Landrat in Mülheim am 29. Juli an den Oberhausener Bürgermeister Schwartz weiter. Dieser zeichnete den Erlaß auch ab, aber welchen Bericht er daraufhin erstattete, ist leider in den Akten des Stadtarchivs nicht verzeichnet. Auf den folgenden Seiten wird der Erlaß wiedergegeben.

Mepeldorf, den 27. Juli 1878.

Handwritten signature

Herrn Herrn Minister des Innern hat persönlich Bericht über diejenigen Vereine, periodischen Druckschriften und Agitatoren, welche, socialdemokratischen, socialistischen, kommunistischen, auf Untergrabung der bestehenden Staats- oder Gesellschafts-Ordnung gerichteten Bestrebungen dienen.

Insbeson. die christlich socialen Agitationen nach ihrem thatsächlichen Gebahren unter diese Bestrebungen einzubegreifen sind, bleibt Ihrem Ermessen überlassen. Die Angaben für die dortigen Kreis sind in beigefügten Tabellen unter Beobachtung der einschlägigen Bestimmungen zusammenzustellen.

Tabella I

I. Vereine.
In den Tabellen sind aufzunehmende Vereine und Verbindungen jeder Art, insbesondere auch genossenschaftliche Kassen, welche den bezüglichen Bestimmungen dienen. Auf dem in den Tabellen voranzustellen sind die Vereine in politisch, gewerblich, und geistlich, Vereins zu gründen.

Unter Ziffer 5 ist anzugeben ob mit dem Verein Unterbindung. Falls verbunden sind, bei Ziffer 6 ist zu vermerken ob eine Unterbindung mit der "Internationalen" oder mit der "Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" besteht.

Unter Ziffer 7 sind die Umsätze anzugeben, welche die Vereine verzeichnen, daß der Verein im Laufe des bezüglichen Zeitraumes verfolgt, Es ist anzugeben die Anwesenheiten zu welchen der Vereinsmitglieder anwesend der letzten drei Jahre anzugeben sind.

In der Verzeichnisse sind auch die Vereine aufzunehmen welche ihren Sitz in anderen Kreisen haben, aber in diesem Kreis...

Am 9. September trat der Reichstag zusammen. Schon in der Eröffnung ließ der Stellvertreter des Reichskanzlers keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Regierung sich diesen Reichstag nur hatte wählen lassen, um die Gesetze gegen die Sozialisten durchzukriegen. August Bebel hat in der Debatte auf die bisherigen Verbindungen der Staatsmacht zur Sozialdemokratie, auf die intensiven Beratungen zwischen Bismarck und Lassalle hingewiesen und die Erwartung ausgedrückt, daß die Unterdrückungsgesetze die Sozialdemokratie nur stärken könnten.

Auch Wilhelm Hasselmann nutzte die Tribüne des Reichstages, um in aller Öffentlichkeit die Programme und Absichten der Sozialdemokratie dar zu stellen. Wiederholt, auch vom Präsidenten, unterbrochen und zum Aufhören aufgefordert, erklärte er:

— Ich werde schließen, sobald ich es den Arbeitern und meinen Wählern gegenüber verantworten kann, nicht eher und nicht später.

Einen Eindruck von der Wucht der Reden können vielleicht die folgenden Auszüge vermitteln, zunächst Bebel:

Der letzte Attentäter ist gestorben; er ist für uns zu tödlich; wir bedauern, meine Herren, daß er gestorben zu haben gewünscht, daß der Mann bei vollem Verstande anwesend wäre, daß es möglich gewesen wäre, Verhöre zu machen und die Beweggründe für seine Handlung zu erlangen. Wenn eine Partei zu bedauern hat, daß sein Tod auf die stattgehabte Weise eingetreten ist, wie daß überhaupt die Attentate vorgekommen sind, so ist es die unsrige, die unverschuldet für die Folgen büßen soll.

Um so notwendiger ist aber, daß endlich einmal nicht bloß vor dem Reichstag, sondern vor der gesamten deutschen Nation, ja vor der gesamten zivilisierten Welt, die in der lebhaftesten Weise an diesen Ereignissen Anteil genommen hat und bis heute nimmt, konstatiert wird, was an allen diesen wochen- und monatelang hinausgeschleuderten Beschuldigungen Wahres ist. Man hat uns in einer Weise verfolgt, die an die dunkelsten Zeiten des Mittelalters erinnert. Wie man im Mittelalter religiös Andersgläubige, Juden, Hugenotten, Protestanten verfolgte, so hat man im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts einen allgemeinen Heiligenschein gegen die Sozialdemokraten als politisch Andersgläubige, an dem sich fast alle Parteien beteiligt haben, in Szene gesetzt. Man hat die Männer sozialdemokratischer Gesinnung aus Arbeit und Brot geworfen und ihnen die Existenz abzuschneiden versucht, man hat sie beschimpft und verleumdete, für ehr- und rechtslos erklärt. Man hat offenbar alles dies

aufgeboten, um Unruhen zu provozieren; man wollte uns aufs äußerste reizen, damit wir zu Gewalttätigkeiten irgend einer Art uns verleiten ließen. Man hatte augenscheinlich nicht genug an den Attentaten. Man hätte sich in gewissen Kreisen zweifelsohne gefreut, wenn wir uns durch diese Hebereien zu Gewalttätigkeiten hätten verleiten lassen, um dann um so reichlicheres und gewichtigeres Material gegen uns zum schärfsten Einschreiten zu besitzen. Nie hat wohl eine Partei in einer solch schwierigen und gefährlichen Situation sich befunden, wie die unsere, und nie hat wohl eine Partei mehr gezeigt, wie die unsere, daß sie sich ruhig und friedlich entwickeln will, daß sie nicht gewillt ist, auf Provokationen irgend einer Art einzugehen, zu unbesonnenen Schritten sich verleiten zu lassen. Ich glaube, daß dies die Sozialdemokratie sowohl in den Monate währenden unausgesetzten Hebereien, wie in dem verflochtenen Wahlkampf für jeden bemerkbar gezeigt hat. Aber ich wiederhole: wir verlangen, daß endlich diesen unbegründeten Hebereien und Verdächtigungen ein Ende gemacht wird, daß endlich einmal die Protokolle zu Tage gefördert werden, daß dem Reichstag und speziell der Kommission, welche diesen Gesekentwurf zu prüfen hat, dieselben im Druck vorgelegt werden.

Ich habe vorher erklärt, meine Herren, daß mit diesem Gesekentwurf, wenn er Gesetz wird, die Regierung in der schwersten, bedenklichsten Weise in das Privateigentum eingreift, daß sie gerade es ist, welche einen ganz gewaltigen Angriff auf das Privateigentum in der unmotivirtesten Weise unternimmt, und damit meines Erachtens denn doch wahrhaftig für künftige Fälle ein recht bedenkliches Präcedens schafft.

Zunächst wird hier gesagt, daß alle Vereine, genossenschaftlichen Verbindungen und Klassen und alle Prekerzeugnisse, welche auf Untergrabung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet wären, zu verbieten seien. Es ist bereits von dem Abgeordneten Reichensperger mehrfach hervorgehoben worden, in welcher Weise das Wort „Untergrabung“ ausgebeutet und ausgelegt werden könnte, und darüber kann wohl kaum der geringste Zweifel bestehen. Streng genommen ist unsere ganze gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung durch die Untergrabung einer älteren Staats- und Gesellschaftsordnung erst möglich geworden. Jedes neue Gesetz, das wir machen, um ein anderes zu beiseitigen, war nur dadurch möglich, daß wir im Volk die Ueberzeugung erweckten, daß das alte Gesetz unhaltbar sei, daß wir die Autorität dieses früher bestehenden Gesetzes „untergruben“. Wenn Sie also dieses „Untergraben“ als etwas staatsgefährliches ansehen wollen, dann machen Sie damit allen und jeden Fortschritt mit einem Mal unmöglich, vorausgesetzt, daß Sie dies überhaupt könnten, was nach meiner Auffassung einfach nicht möglich ist. Man wird nach dem Sinn des § 1 jede Bestrebung, die auf Aenderung der bestehenden Staats- oder Gesellschaftszustände ausgeht, ohne weiteres als staatsgefährliche „Untergrabung“ bezeichnen und betrachten können. Und ich meine, die Art und Weise, wie insbesondere die von Herrn von Hellendorff so gerühmten Verwaltungsorgane in dem am Schluß seiner Rede von ihm erwähnten Wahlkampf schon vorgegangen sind gegen die liberale Partei, wie selbst der Abgeordnete Lasker es sich hat gefallen lassen müssen, als halber Sozialdemokrat erklärt zu werden und sich noch sagen lassen mußte, daß er von den Sozialdemokraten gewählt sei, — dies läßt uns ungefähr vermuten, was erst die Regierung und ihre Organe thun werden, wenn sie die in dem Gesetz verlangte Machtvollkommenheit erlangen.

Meine Herren, mit diesem Gesetz machen Sie alle und jede wissenschaftliche Untersuchung — Sie mögen das auch heute bestreiten — unmöglich. Wo wollen Sie, wenn Sie von gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie sprechen, die Grenze ziehen? Was ist denn Sozialdemokratie?

Das ist in dem Sinne, wie es für Sie nötig war nicht klar zu definieren, denn wenn auf unser Gotha-Programm hingewiesen ist, so werden Sie finden, daß in dem Programm eine große Reihe von Forderungen sind, die leicht von der Mehrheit dieses Hauses bis zu einem Grade gebilligt werden. Darnach könnte also jede Bestrebung, die eine oder andere im Gotha-Programm angeführte Forderung zu unterstützen oder zu r

lichen, als eine sozialdemokratische „Untergrabung“ der und Gesellschaftseinrichtungen angesehen werden, dann wenn die Behörde, um doch den niederen Polizei einigigen Anhalt für ihr Verhalten zu geben, vielleicht Gedanken könnte, allen Polizeibeamten im deutschen Reich Gothaer Programm im Abdruck in die Tasche zu stecken mit sie genau in jeder Versammlung wissen, wo eigentlich staatsgefährlichen, untergrabenden sozialdemokratischen Bestrebungen anfangen.

Bei Gelegenheit der Debatte über das Ausnahmengesetz in der letzten Session des Reichstages ist von verschied. Seiten in einem sehr vieldeutigen Sinne von sozialdemokratischen Bestrebungen gesprochen worden. Da ist zum Beispiel vom Abgeordneten Grafen Bethusy-Suc erklärt worden, die direkte progressive Einkommensteuer eine konstante Forderung sei, daß die Forderung eines maximalen Arbeitstages und eines normalen Arbeitlohnes gleich eine Forderung, wie die letztere, von sozialistischer gar nicht aufgestellt ist, und sie aufzustellen ein Unsinn sozialistische Forderungen seien. Bei der vorjährigen Debatte über die Gewerbeordnungfrage, wo die Anträge aus den verschiedenen Fraktionen vorlagen, hat der Abgeordnete Behrens in Bezug auf den Normalarbeitstag ganz ähnliche Anschauung vertreten. Was soll man dazu sagen, wenn derartige Forderungen, die heutzutage verschiedenen Staaten bereits erfüllt sind: in der Schweiz, Nordamerika, in gewissem Maße in England — als sozialistische bezeichnet werden. Wenn aus der Mitte dieses Landes solche Forderungen als rein sozialistische angesehen werden obgleich sie es nicht sind, so werden sie von dem ersten Polizeimanne erst recht als solche angesehen werden. In den uns feindlich gesinnten Kreisen der Wissenschaft und der Presse geht aber der Begriff Sozialismus sogar so weit, daß tatsächlich jede Bestrebung, die auf eine Verbesserung der Lage der Arbeiter hinausläuft, als Ausfluß sozialistischer Agitation angesehen wird. Wenn Sie den uns noch so feindlich gesinnten Gewerbetreibenden klagen hören, so werden vernehmen, daß, wenn kein Arbeiter auch nur die geringste Opposition gegen seine Wünsche oder Befehle laut macht, und mögen diese Befehle auch noch so ungerecht sein, er in die Klage ausbricht: der ist ein Sozialdemokrat; der ist von den Sozialdemokraten aufgehetzt, obgleich oft genug der Mann vielleicht in seinem Leben noch keine einzige sozialistische Broschüre gelesen hat und gar keine von Sozialismus und von sozialistischen Bestrebungen weiß. Diese blinde Voreingenommenheit gegen die Sozialdemokratie geht in gewissen Kreisen so weit, daß dort allgemein behauptet wird, alle Arbeitseinstellungen u. s. w. seien von den sozialdemokratischen Führern eingefädelt und dirigiert; sonst seien gar nicht denkbar. Ich gehöre ja auch zu diesen sogenannten Führern, wenn ich aber heute die Versicherung gebe, daß in meiner mehr als sechszehnjährigen Thätigkeit in der Arbeiterbewegung nicht ein einziges mal von irgend einem Arbeiter gefragt worden bin, ob ich diese oder jene Arbeitseinstellung gut heiße oder nicht, so werden Sie mir kaum glauben, — und doch ist es der Fall; und so geht es mehr oder weniger allen meinen Genossen.

Wenn bereits in den dreißiger und vierziger Jahren es nicht möglich war, die von der Zensur verbotene Literatur niederzuhalten, wenn damals schon unzweifelhaft alle verbotenen Schriften viel zahlreicher, als wenn sie der Öffentlichkeit unbeachtet übergeben worden wären, verbreitet worden sind — wie erst heute, wo die persönlichen Verbindungen und Beziehungen in der Partei so außerordentlich ausgedehnt sind, wo wir an jedem Ort bis in die entferntesten Winkel Deutschlands Hunderte oder Tausende von Parteigenossen haben, auf die wir fest und unbedingt bauen können, wo wir Parteigenossen haben in Kreisen, von denen Sie es gar nicht ahnen, die der Polizei gar nicht bekannt sind, und wohin wir unsere Sendungen unter den verschiedensten Formen dirigieren können, und zwar in einer Weise, daß, wenn Sie Ihre Polizei auch verdoppeln, dieselbe doch nicht im Stande ist, es zu verhindern. Würde man aber ein so umfassendes Spioniersystem einführen, als nötig wäre, um möglichst genau überall kontrollieren zu können, so müßte man die Polizei vervierfachen, vervierfachen, ja verzehnfachen, und es würden durch die enormen Kosten, welche dieses verursachte, die Steuern erheblich erhöht werden müssen. Es würde ferner auch dahin kommen, daß unser gesamtes öffentliches und privates Leben beamtlicht oder vergiftet, daß auch der ruhigste und friedlichste Bürger mit diesen Zuständen unzufrieden würde. Für uns unterliegt es keinem Zweifel, daß dies ganz unzweifelhaft der Erfolg dieses Gesetzes sein wird, und daß es schließlich der Sozialdemokratie nur nützen kann — das ist unsere ausgesprochene Meinung.

(Verschiedenartige Zurufe.)

Meine Herren, Sie wollen vielleicht sagen: „ja, dann stimmt doch für das Gesetz!“

(Ja wohl! rechts.)

Meine Herren, wenn wir ein Unrecht, wie es hier begangen werden soll, gut heißen könnten, dann würden wir es vielleicht thun. Ich kann Ihnen bestimmt versichern, daß ich sehr tüchtige unserer Parteigenossen habe äußern hören: ich wünsche, das Gesetz ginge durch! Sie könnten uns gar nicht besser nützen als durch Annahme des Gesetzes, denn Tausende und aber Tausende, die heute noch keine Sozialdemokraten sind, werden es dann sicher werden. Wir sind in wenigen Jahren stärker, als je zuvor.

(Sehr richtig!)

unterrichtet, daß dort eine ganze Flotte Sozialdemokraten regelmäßig verkehrt, die sozialdemokratische Unterhaltungen pflegt. Was glauben Sie, daß die Folge davon sein wird? zum mindesten Merger und Chikanen für den Wirth. Der Wirth wird vielleicht die prononcirtesten Parteileute kennen, er wird wissen, daß das der Liebknecht, der Frischa, der Debel ist, und wird sie ausweisen, aber die Tausende und Abertausende, die, selbst uns persönlich unbekannt, zur Partei gehören und die in dieser Weise mit aller Energie — ich glaube, dafür haben Sie uns schon kennen gelernt — in dieser Richtung thätig sein werden, die kann kein Wirth und Polizeimann auf den ersten Blick erkennen. Es wird durch solche und ähnliche Maßregeln, wie ich schon vorher angedeutet, durch alle diese Schereereien und Placereien selbst in solche Kreise der Gesellschaft, die vielleicht vorher die eifrigsten Anhänger des Ausnahmegesetzes waren, eine Unruhe und Unzufriedenheit getragen, die es ihnen im höchsten Grad wünschenswerth erscheinen lassen werden, daß dasselbe so rasch wie möglich wieder abgeschafft wird.

Nun wird gesagt, wir arbeiteten auf gewaltthätigen Umsturz hinaus, das ginge aus unserem Programm hervor. Ich bestritte, daß das aus unserem Programm hervorgeht, es steht kein Wort davon drin.

(Unruhe und Widerspruch.)

„Ja, daß wir das wollen, müssen Sie uns doch nachweisen; Sie imputieren uns das eben, aber die Beweise fehlen. Ich meine doch, Ihre Staatsanwälte hätten in den letzten Jahren sich eifrig Mühe gegeben, herauszubekommen, was wir bezweckten. Die Behörden sind, wie ausdrücklich in den Motiven anerkannt wird, „bis zur äußersten Grenze des Möglichen“, d. h. also bis an das Unmögliche gegen uns vorgegangen und haben uns doch nicht zu Grunde richten können. Wie kommt man überhaupt dazu, uns solche Anschuldigungen hier an den Kopf zu werfen? Unsere Programme, und diese, meine ich, sind maßgebend, sagen geradezu das Gegentheil. Wir sollen gemeingefährliche Bestrebungen haben?! — Meine Herren, das Programm der so gefürchteten internationalen Arbeiterassoziation, das im Anhang dieser Gesetzesvorlage wörtlich abgedruckt ist, lautet unter anderem wörtlich:

„Daß die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Vorkommen oder Nationalität anerkennen. Der Kongreß betrachtet es als Pflicht des Mannes, die Rechte eines Mannes und Bürgers nicht bloß für sich selbst, sondern für jedermann, der seine Pflicht thut, zu fordern. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte!“

Das soll gemeingefährlich sein? Ich verstehe das einfach nicht. Meine Herren, ich möchte wissen, wie man humanere, höhere und idealere Grundsätze und Anschauungen aufstellen kann. Ich behaupte, meine Herren, daß im ganzen deutschen Reich es nur noch eine einzige Partei gibt, die wirklich Ideale hat, und das ist die Sozialdemokratie,

(Unruhe. Hört, hört!)

und gerade der Umstand, daß die Sozialdemokratie Ideale hat, daß sie hohe, der Menschheit würdige Ideale hat, das ist es, was der Sozialdemokratie diesen ungeheuren Anhang verschafft. Sie thun immer, als ob es nur Handarbeiter wären, die der Sozialdemokratie angehören, als ob es nur eine ausgebeugte Masse wäre. Meine Herren, haben wir nicht in den letzten Jahren erfahren, wie ein Mann der Wissenschaft nach dem andern sich dem sozialdemokratischen Programm nähert? Die sozialdemokratischen Bestrebungen umfassen alles

weiter Hasselmann: Die Richtung der Sozialdemokratie ist im gegenwärtigen Augenblick bereits ausgebrochen. Der Polizeistaat wird jetzt die Stelle der bis dahin einnehmenden, der Absolutismus wird sich für jedermann kund thun, wir haben diese Thatsache erwartet, denn es wird im gegenwärtigen Augenblick lebendig das wiederholt, was in einer früheren Nacht in Frankreich, nach blutigen Ereignissen bereits durchgeföhrt worden ist. Man hat eine große Masse des Volks rüchten, um ihren gewaltthätigen Entgegenzutreten. Nun, der Handschuh ist geworfen, wir nehmen ihn auf; der Kampf ist eröffnet, wir werden ihn durchföhren mit aller Energie und uns durchaus durch nichts abschrecken lassen. Bis jetzt, meine Herren, haben Sie in Deutschland weiter nichts erlebt, als eine durchaus friedliche, ruhige Agitation. Sie wollen diese nicht haben. Was daraus in der Zukunft erwachsen möge, nun, meine Herren, das können Sie sich dann selbst zuschreiben.

(Hört, hört! rechts.)

Wenn man von Seiten der Regierungen wünscht, daß es zu Gewaltthätigkeiten komme — und es sind schon einige Ereignisse vorausgegangen, die es sehr klar erscheinen lassen, daß man einen solchen Wunsch hegt —

(schl.)
Nun, wie dem sein möge, unter allen Umständen wird die Sozialdemokratie wissen, was sie zu thun hat. Sie geht diesem Gesetz entgegen, ohne es irgendwie zu fürchten. Die Sozialdemokraten wissen sehr gut, daß eine Idee sich nicht vernichten läßt; sie wissen allerdings ebenso wohl, daß diejenigen ihrer Genossen, die in vorderster Linie auf der Bresche stehen, den ersten Angriff auszuhalten haben werden und in ihrer Existenz, vielleicht auch in ihrem Leben, der Vernichtung preisgegeben sein werden. Diese Genossen sind aber bereit, solche Opfer zu bringen, und sie vertrauen darauf, daß die Masse des Volks, wenn sie die Idee der Sozialdemokratie in sich aufnimmt, freudig bereit sein wird, dieselbe zu unterstützen, daß an die Stelle jedes, der in diesem Kampfe fällt, jedes, dessen Existenz vernichtet wird, sofort zehn andere voll Begeisterung auf die Bresche treten werden.

Man wird auch behaupten, man wolle Fabriklassen gründen u. s. w. Nun, man will ja die Vereinskassen der Arbeiter kontrollieren, konfiszieren und bei Seite schaffen. Da sind solche denn ein schöner Ersatz. Aber verlassen Sie sich darauf, solche Kassen sind bei den Arbeitern zu genau bekannt und verhaßt. Diese Knappschaftskassen stehen bei den Vergleuten in dem schlechtesten Geruch, weil die Arbeiter sie nicht selbst verwalten können, und daher Leute an der Spitze stehen, welche sich nach oben hin beliebt zu machen suchen, statt die Interessen ihrer Kameraden zu vertreten. Deshalb bedanken sich die Arbeiter, — die Vergleuten nicht nur, sondern auch die anderen Arbeiter höchstens für derartige humanitäre Bestrebungen, welche vielleicht noch in Volkstücken u. dgl. Almosen gipfeln werden. Nein, nicht Almosen verlangen wir! Wir verlangen Menschenrecht für das arbeitende Volk und nicht mehr und nicht weniger. Aber dieses Menschenrecht voll und ganz.

Nun wird man sagen, was wollt Ihr Sozialisten denn beginnen? Wir sagen, wir stehen mit verschränkten Armen der Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft gegenüber, wir wünschen, daß die Gesellschaft sich ruhig und friedlich entwicke. Alsdann muß man den Bestrebungen der Arbeiter aber freien Raum lassen, dann muß man die Arbeiter sich in Gewerkschaften organisieren lassen. Aus diesen Gewerkschaften werden später die Kerne entstehen, welche sich umwandeln können in Produktivassoziationen.

(Auf: Schluß!)

Ich bemerke also nochmals, sobald die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiter ruhig ihren Verlauf nehmen können, werden sie sich in der Weise entwickeln, daß die Arbeiter Gewerkschaften gründen und sich in ruhiger Weise durch alle Arbeiterkategorien hindurch organisieren; es wird, wie es schon jetzt der Fall ist, von den Gewerkschaften theilweise als Versuch mit kleinen Assoziationen vorgegangen werden, man wird die Leute schulen und disziplinieren, und innerhalb dieser Gewerkschaften wird dann sich ein tüchtiger Stamm bilden, welcher fähig ist, sobald die öffentliche Meinung und Ueberzeugung dies verlangt, einen Stamm von Produktivassoziationen zu bilden, die gemeinschaftlich die Produktion leiten und organisieren, einen Arbeiterlern, der fähig ist, ohne Suchungen die Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln. Es wird unter solchen Verhältnissen das bestehende Eigenthum nicht angetastet zu werden brauchen, die Arbeiter werden durch Entwicklung ihrer Organisation zu einer sozialistischen Gesellschaft allmählich sich dasjenige aneignen können, was ihnen jetzt tagtäglich entzogen wird, nämlich die Differenz zwischen ihrem Arbeitslohn und ihrem Arbeitsertrage.

In Deutschland waren die Arbeiter in jener Richtung revolutionär, daß sie sagen, es muß vor einer vollständigen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine geistige Revolution stattfinden. Diese friedliche geistige Revolution der herrschenden öffentlichen Meinung will man durch dieses Gesetz vom Feld der Öffentlichkeit auf das Gebiet geheimer Verbindungen drängen; die Ursache des hieraus Erwachsenden sind die Regierungen, sind die Machthaber. Ich selbst habe schon lange gewußt, daß es dahin kommen würde, ebenso wie die Anhänger von Blanqui in Frankreich und die Freunde von Bakunin in Frankreich und Rußland sich sagen: es ist nichts zu hoffen von dem alten Polizeistaat. — „Es ist nichts zu hoffen von einer anderen Entwicklung als der Entwicklung der Gewalt.“ — ja, meine Herren, so sprechen die Herren, die hier auf der Bank des Bundesraths das Wort führen, die Herren, die Minister, der Fürst, Reichskanzler. Sie behaupten, die Sozialdemokratie könne von nichts anderem einen Erfolg erwarten, als von einem gewaltthätigen Umsturz des Bestehenden; die Sozialdemokratie soll vernichtet oder auf diesen Weg hinausgetrieben werden.

Nun hat man uns hier gesagt, wenn ihr Sozialisten den Kampf nicht wollt, dann werden eure Hintermänner ihn wollen und beginnen. Ich erkläre offen und frei, ich persönlich habe nicht nötig, auf Hintermänner zu warten; wenn man das Volk zur Verzweiflung bringt, werde ich wissen, wo ich zu stehen habe, ob auf Seiten des Volks oder auf Seiten der Regierung; und da werde ich stehen in Mitte der Reihen des Volks, und wenn ich auf dem Feld der Ehre auch nöthigenfalls mein Blut lassen muß! Alle meine Freunde, alle Sozialisten, welche schon jetzt auf der Bresche stehen, werden mit mir dies Opfer bringen, wenn es nötig ist.

So greift das Gesetz in die verschiedensten Lebensbeziehungen der Arbeiter ein. Und gehe ich weiter und frage, wie Sie gar dazu kommen wollen, auch zum Beispiel Wirthschaften, in denen Sozialdemokraten verkehren, zu unterdrücken, — ja, meine Herren, wo hört denn da überhaupt die Grenze der Vernichtung des Eigenthums auf? Wenn einmal die Dinge auf die Spitze getrieben werden sollen, wer darf sich dann wundern, wenn wir unsererseits Vergeltung zu üben haben? Wer kann es zum Beispiel verhindern, daß wir nunmehr in solchen Wirthschaften zusammenkommen, beim Glase Bier uns unterhalten, deren Besitzer reichstreu und uns feindlich sind? und während wir dort verkehren, wird die Polizei

Abgeordneter Gasselmann: Der Fürst Reichskanzler be-
weist, die Fortdauer des jetzigen sozialen Elends sei eine
Folge der sozialistischen Bewegung. Nun, Ursache und Wir-
kung sind noch niemals mehr verwechselt worden, als wie in
der Behauptung. Denn die sozialistische Bewegung, sie ist
die Nothschrei der Lebenden, die kein Brod haben, die Er-
löser nicht finden können, die arbeiten möchten und nicht
können. Das ist der Nothschrei des Proletariats, welches nach
Besserung der heutigen Verhältnisse strebt, und wenn die ge-
sellschaftlichen Verhältnisse so verzweifelt sind, so sind sie nur die
Folge der planlosen Produktionsweise der gegenwärtigen Ge-
sellschaft, welche die Sozialisten ihrerseits bekämpfen und ab-
schaffen wollen.

Ich gehe jetzt dazu über, daß seitens des Fürsten Bis-
marck die spezielle Aufforderung an die Sozialdemokraten ge-
gangen ist, sie sollten das sozialistische Programm vor
dem Reichstag des Reichstags aus entwickeln.

Es wurde von ihm die Behauptung aufgestellt, es sei
keine im Reichstag Sozialisten vorhanden seien, noch
wäre der Versuch gemacht worden, darzulegen, was die
Sozialdemokratie für Ziele habe. Nun, das liegt einfach
da, daß nach der Geschäftsordnung des deutschen Reichs-
tags den Sozialdemokraten noch niemals Gelegenheit ge-
geben wurde, streng sozialistische Anträge zu stellen und zu
erörtern. Sozialistische Anträge würden hier auch nur
sich als auf gouvernementalen Sozialismus ge-
richtete Anträge, dem wir durchaus feind sind. Wir
wollen unsere Prinzipien nur insoweit entwickeln,
als es sich um Maßregeln innerhalb der heutigen Produktions-
verhältnisse handelt, um den Normalarbeitstag, um Frauen-
arbeit und dergleichen mehr. Es ist dies auch zur
Frage gekommen. Ich nehme allerdings an, daß im gegen-
wärtigen Augenblick die Sozialisten im Reichstag wohl be-
reits sind, darzulegen, was sie unter Sozialismus, unter
sozialistischer Gesellschaftsorganisation verstehen; denn der
Inhalt dieses Gesetzes lautet ja ausdrücklich, daß Vereine, welche
sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Bestrebungen
haben, dem Verbot unterliegen sollen. Es gehört also
zur Sache. Doch ist es meines Erachtens das
schlimmste, was seit langer Zeit, daß auf Grund der Geschäfts-
ordnung in kurzen Umrissen dargelegt werden kann, was
die Sozialdemokratie ist und was sie erstrebt wird.

Die Sozialdemokratie ist keine Partei, welche sich Phän-
omene hingibt, keine Partei, welche irgend einer
Sache folgt, sondern sie sucht, zunächst klar die gesellschaft-
lichen Zustände zu durchschauen. Die Sozialdemo-
kratie fragt sich: was ist die moderne Gesellschaft,
was ist dieselbe? Und die Antwort ist folgende: die moderne
Gesellschaft ist lediglich eine Fortsetzung jener früheren Gesell-
schaftszustände, die auf der Ausbeutung des Menschen durch
den Menschen beruhen, nur in einer anderen Form. Wäh-
rend bei den Zuständen der Sklaverei die Gewalt des Sklaven-
herrn über die Person des Sklaven eine juristische, ein per-
sönliches Besitzverhältnis ist, während in den Zeiten der Leibe-
nenschaft der Feudalherr seinen Hörigen kraft eines erwor-
benen Rechtsanspruchs zu seinen Frohndiensten heranzieht, so
besteht diese direkte Abhängigkeit in der gegenwärtigen
Gesellschaft aufgehört. Nicht mehr wird hier direkt der Ar-
beiter zu einem Gegenstand des Besitzes gemacht, der auf
den Markt verkauft werden kann, oder der mittelbar als
Sache behandelt werden kann, sondern in der gegenwärtigen
Gesellschaft findet diese Art der Ausbeutung indirekt statt.
Das Kapital beherrscht den Arbeiter, weil er von den Pro-
duktionsmitteln ausgeschlossen ist, weil er nicht selbst die Maschinen
hat, mit denen allein Großproduktion betrieben werden
kann, weil er nicht den Grund und Boden, nicht die Berg-
werke besitzt. Deshalb ist der Arbeiter gezwungen, seine
Arbeitskraft zu verkaufen. Die Arbeitskraft ist also in der
modernen Gesellschaft eine Waare und unterliegt allen jenen
Gesetzen, welchen eine gewöhnliche sachliche Waare auf

dem Arbeitsmarkt unterliegt. Ihr Durchschnittspreis richtet
sich nach ihren Herstellungskosten, und seit den Studien von
Ricardo haben alle ernstlichen Forscher der Nationalökonomie sich
darin begegnet, daß der natürliche Preis der Waare Arbeits-
kraft, also der Arbeitslohn, in nichts anderem besteht, als
wie in den Unterhaltsmitteln zur Befriedigung der durch-
schnittlichen gesellschaftlich notwendigen Bedürfnisse der Arbeiter-
familie. Hierdurch wird herbeigeführt, daß durchschnittlich die
Arbeiterklasse lediglich dasjenige ihr eigen nennt, dasjenige,
zum Unterhalt hat, was gerade ausreicht, damit sie noth-
dürftig existieren kann. Es findet nun ein steter Wechsel der Pro-
duktion statt. Es wechseln Handelskrisen mit einem Aufschwünge.
Während der Zeiten des Aufschwünge stehen die Arbeiter
etwas besser, es wird aber in Folge neuer Erfindungen, die
dann gemacht werden, in Folge einer Zunahme der Arbeiter-
bevölkerung, neuer Familienschließungen und dergleichen mehr
die Arbeiterzahl sich so lange steigern, bis Angebot und Nach-
frage sich ausgleichen und der Lohn auf den Durchschnitt zurück-
sinkt. Sodann findet auf der anderen Seite während der
Handelskrisen, während des übermäßigen Arbeitsangebots
der Arbeiter das Gegenteil statt. In jenen Zeiten der Han-
delskrisen sterben tatsächlich die Arbeiter durch Noth
und Elend dahin; Hunger und Krankheiten dezimieren ihre
Familien. Ihre Kinder — das ist ja durch die Statistik
ermittelt — sterben aus Mangel an Pflege viel rascher dahin,
wie die Kinder aus den wohlhabenden, besitzenden Familien,
mit einem Wort, in den Zeiten einer Handelskrisen — und
gegenwärtig haben wir eine solche — wird die große Masse
des arbeitenden Volks buchstäblich dezimiert. Dieser
Dezimierung halber, wodurch von Zeit zu Zeit die Klasse der
wertthätigen Bevölkerung einem langsamen Hungertode aus-
gesetzt ist, nennt man das ökonomische Gesetz, nach welchem
der Lohn sich regelt, das eiserne Lohngesetz.

Ferner sehen wir, daß diese Handelskrisen, die sich mit
erschreckender Regelmäßigkeit folgen, eine naturnothwendige
Folge der heutigen planlosen Produktionsweise sind. Weil
die Spekulation der Börse, weil die Jagd nach Gewinn
lediglich die Bestrebungen der Produzenten bedingt, weil
keine planmäßige Produktionsweise vorherrscht, deswegen
haben wir abwechselnd Zeiten des größten Schwindsels, der
höchsten Spekulation, und bald wiederum die Handelskrisen.

Die Sozialdemokratie erkennt also einmal in jenem
eisernen Lohngesetz, in der sozialen Ausbeutung, zweitens in
jener Planlosigkeit der Produktion nebst den Handelskrisen
die Ursachen des Elends, die Sozialdemokratie schließt des-
halb weiter, daß ein jeder Mensch, welcher werththätig in der
Gesellschaft ist, ein jeder Mensch, welcher mit Körper oder
Geist arbeitet, ein Arbeiter ist und nicht bloß einen Anspruch
auf jene nothwendigsten Lebensbedürfnisse hat, die ihn trotz-
dem allen Schrecken des eisernen Lohngesetzes ausreichen, son-
dern, daß gerade umgekehrt der Arbeiter einen Anspruch hat
auf seinen vollen Arbeitsertrag, so daß also alles, was an
Tauschwerth durch die Arbeit in der menschlichen Gesellschaft
erzeugt wird, naturnothwendig lediglich dem arbeitenden Volk
selbst als Eigenthum anzugehören hat. Dieser Eigenthums-
begriff ist es, auf welchem der Sozialismus fußt. Dies
Arbeitseigenthum in der Zukunft zu sichern, das ist es, wo-
nach wir streben.

Und das Mittel, welches wir dabei im Auge haben und
welches merkwürdigerweise hier auch vom Fürsten Bismarck
in einer gewissen Weise anerkannt worden ist, das ist die
menschliche Assoziation. Der Arbeiter soll nicht dem Ar-
beitsinstrumente preisgegeben sein, er soll nicht angekauft
werden vom Kapitalisten als eine Art Waare, sondern der
Arbeiter soll der Herr sein über das Arbeitsinstrument. Es
soll an die Stelle der Massenlohnarbeiter, die preisgegeben
sind dem Kapital, ein Zustand treten, in welchem die ver-
einigten Arbeiter Produktivassoziationen bilden

Am 15. Oktober verabschiedete der Reichstag mit 221 zu 149
Stimmen das Gesetz "gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen
der Sozialdemokratie". Es trat am 21. Oktober in Kraft. Die
erste Seite des Gesetzblattes ist auf Seite 18 wiedergegeben.
Sofort nach Inkrafttreten wurden Vereine, Druckschriften,
Zeitungen verboten, Sozialdemokraten ausgewiesen, verhaftet.
322 sozialdemokratische Organisationen, Gesangvereine und
Unterstützungskassen, Gesellenvereine und Gewerkschaften, wurden
aufgelöst. 1 300 Druckschriften, die Bücher Marx' wie die
Schriften Lassalles, ja Texte der preußischen Verfassung
wurden beschlagnahmt. Die Zeitung der Partei, "Der Sozial-
demokrat", wurde in der Schweiz hergestellt und nach Deutsch-
land geschmuggelt und illegal verteilt. Über viele Städte,
so über Leipzig, Altona, Berlin wurde der "Kleine Belagerungs-
zustand" verhängt und die Sozialdemokraten mit ihren Familien
ausgewiesen. Fabriken tauschten "Schwarze Listen" aus. Wer
darauf stand, hatte keine Chance, eine Arbeit zu finden.
Viele Sozialdemokraten wanderten nach Amerika aus und grüßten
die zurückbleibenden Freunde mit Abschiedsanzeigen.

Am 14. November 1878 hat der Bürgermeister von Oberhausen,
Schwartz, mit polizeilicher Bekanntmachung den Vollzug des
Sozialistengesetzes angedroht und das Kassieren von Beiträgen
verboten.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Das Einsammeln von Beiträgen zur
Förderung von sozialdemokratischen oder
kommunistischen, auf den Umsturz der
bestehenden Staats- oder Gesellschafts-
Ordnung gerichteten Bestrebungen, so-
wie die öffentliche Aufforderung zur
Leistung solcher Beiträge werden auf
Grund des § 16 des Reichs-Gesetzes
gegen die gemeingefährlichen Be-
strebungen der Sozialdemokratie vom
21. Oktober 1878 (Reichsgesetzblatt
Seite 351) für den Bezirk der unter-
zeichneten Polizeibehörde hierdurch unter
dem Dinkultigen verboten, daß Zuwider-
handlungen gemäß §§ 20 und 21 des
angeführten Gesetzes werden bestraft
werden.

Oberhausen, den 14. Novbr. 1878.
Die Polizeibehörde.
Schwarz.

Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 251.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Dasselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfsklassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfsklassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des Reichs-Gesetzbl. 1878.

67

Ausgegeben zu Berlin den 22. Oktober 1878.

In der einschlägigen Akte des Stadtarchivs Oberhausen folgen nun die Signalements sozialdemokratischer Agitatoren, die, "vertraulichen Mittheilungen" zufolge, nach Deutschland reisen. Mit der Bitte um "gefällige Vigilanz, Durchsuchung und Nachricht" wurden sie den Polizeidienststellen zugesandt (vgl. S. 20). Der Steckbrief von Eduard Bernstein (s.S. 21) mußte von allen leitenden Beamten der Stadt abgezeichnet werden.

Der Abgeordnete Wilhelm Hasselmann radikalisierte sich unter dem Eindruck der Unterdrückung der Arbeiter. Er geriet in immer schärferen Widerspruch zu Liebknecht, der auf strikter Disziplin in der Partei bestand und sich keinesfalls von den Organen des preußischen Polizeistaates provozieren lassen wollte. Als er öffentlich seine Zustimmung zu den Aktionen russischer Nihilisten erklärte, wurde er von dem Exil-Parteitag in Wyden/Schweiz 1880 aus der Reichstagsfraktion, dann auch aus der Partei ausgeschlossen. Er emigrierte nach Amerika und ist dort verschollen.

In Oberhausen überwog die konfessionelle Orientierung der Arbeiter und behinderte die Ausprägung einer machtvollen sozialdemokratischen Organisation, wenngleich die Zahl der Wähler wieder zunahm. An den Arbeitskämpfen, die etwa die Eisenbahnarbeiter in den 80er Jahren in anderen Städten des Rheinlandes austragen, waren Oberhausener kaum beteiligt. Akten und Literatur weisen jedenfalls keine intensiven Aktivitäten in Oberhausen aus.

1890 wurde das Gesetz nicht mehr verlängert, in den nachfolgenden Wahlen errang die Sozialdemokratie so viele Stimmen, daß sie zur größten Fraktion im Reichstag wurde, dabei freilich weit in der Minderheit blieb.

Secret!

59

Ein sozialrevolutionärer Agitator, Fritz Hoffmann, klein und
stark, vollkommen kastropf, schwarzer Vollbart, einmal schwarze
Zylinderbrille, schwarze Anflugsbrille Augen, Kugelarmut der
sitzt mit Kopf, breite Natur, vollköpfig bloßhaarig, von mir
kam auf Wien mit Kopf, welcher in der französischen Zeitung
wohnt, aber viel in Frankreich sich verhält mit Kaufmanns
Geschäfte betreibt, ist vertrödelten Manuskripten zufolge früher als
Agent eines französisch-englischen Geschäfts in der Zeitung nach
Stuttgart abgewandert, will dort etwa 14 Tage bleiben und über
Mannheim, Heidelberg zu nach München reisen, wo er in
„Oberpollinger“ wohnen wird.

Sein Hauptgeschäft ist die Agitation.
Ich bitte um gefällige Vigilanz, Durchsicht und Manuskript mit
den wichtigsten Umständen, doch die übrigen in Entrost kom-
menden Beförden ebenfalls beaufsichtigt sind.

Ihr Polizei-Präsident.
gez: von Madai.

Düsseldorf, den 13. Januar 1882.

Abchrift zur Kenntnissnahme und weiteren Anbahnung.

Die erforderlichen Abmahnungen sind beigesteuert.

Königliche Regierung,
Abteilung des Innern.

Koon

Düsseldorf, den 19. Januar 1882.

(Das hier oben bezeichnete Geschäftliche Abhandeln
zur Zeit (Sonderdruck) sind unter der Aufsicht
von...)

Der Landrat,
Lammel.

Nr. 21/100. 12. 7

ad acta

Alle
amtliche Königlich-Kommunikation
aus der Hauptstadt.

Vertraulich!

Einem vertraulichen Manuskript zufolge beschäftigt sich in Zürich
mehrfache sozialdemokratische Agitator, Carlmann Freund
Bernstein, in der nächsten Folge nach dem Schriftsteller und
der Rheinprovinz eine Reise zu unternehmen, um bei den
örtlichen Sozialdemokraten ein Mittel zur Beförderung der ver-
botenen Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ zu sammeln.

Bernstein ist am 6. Januar 1882 zu Berlin geboren, hat ein
Gefühl, stark gebogen, jedoch nicht bedeutend hervor-
stehende Haare, mit schwarzer und breiter Stirn.
Er trägt gewöhnlich kurze und zierliche Kleidung. Bernstein war
früher Mitglied und Sekretär des bekannten Agitators Höchberg
aus Frankfurt a/M. und nimmt gegenwärtig in Folge seiner
Gefährlichkeit mit seiner Person eine hervorragende Stellung
in der Partei ein.

Ich erlaube mir auf den p. Bernstein mit dem ganz
besonderen Aufsehen zu achten, die Vigilanz auf
den selben zu beobachten und ihn in Betrachtung der
sowohl zu lassen, wie aber in diesem Falle gefälligst
Mittheilung machen zu wollen.

Ihr Polizei-Präsident.
F. N.
gez: Hepp

Nr. 5782
Spezial-Präsident
Düsseldorf, den 29. Juni 1882.

Abchrift zur Kenntnissnahme und geeigneten Vigilanz, sowie
der polizeilichen Beförderung.
Die die hier bezeichneten in der Kenntnissnahme folgenden
Abmahnungen sind...

Königliche Regierung,
Abteilung des Innern.

Koon

Alle
amtliche Kommunikation
aus der Hauptstadt.

Mit dem Auslaufen des Sozialistengesetzes war allerdings die Sozialdemokratie noch lange nicht vor Verfolgungen frei geworden. Auch weiterhin wurden die "vaterlandslosen Gesellen" geächtet und verfolgt. Im September 1894 erkundigt sich der Landrat von Mülheim beim Bürgermeister von Oberhausen, ob "im dortigen Verwaltungsbezirk anarchistische Vereine bestehen und anarchistische Versammlungen abgehalten werden" (s.S. 23). Die Stadt Oberhausen berichtet, daß "hier am Ort" solche Vereine nicht bestehen und solche Versammlungen nicht stattgefunden haben. Auch "anarchistische Persönlichkeiten" sind hier nicht aufgetaucht. Und "der im vorigen Jahre vom Reichsgericht zu Leipzig verurtheilte preuß. Unterthan Bergmann Lanius hat seine einjährige Gefängnisstrafe abgebußt, ist nach hier zurückgekehrt und arbeitet auf seiner früheren Stelle (Zeche Königsberg) als Bergmann." Lediglich einen Diebstahl hat es gegeben: der Bergmann Dämgen hat auf Concordia Schacht II Dynamit-Zündhütchen und Schnur gestohlen und ist dabei erwischt worden. (s.S. 24 - 26).

Wenige Tage später, 30. September und 27. Oktober, ereignen sich in der Alleestrasse und im Kasino der GHH Dynamit-Anschläge, für die der Duisburger Staatsanwalt sofort den Handelsmann Otto Leichsenring verdächtigt, er kann sich gar nicht anders vorstellen, als daß jemand, der gerade mit einigen Genossen einen Arbeiter-Bildungs-Verein gegründet hat, in einen solchen Anschlag verwickelt ist. (s. S. 27 - 29). Allerdings mußte der Oberhausener Bürgermeister mitteilen, daß just dieser Verein wieder aufgelöst war (s.S. 30).

Lück.
Herrn. W. W. W. W.
Herrn. W. W. W. W.
Herrn. W. W. W. W.
Herrn. W. W. W. W.

Das Dingemannsche Buch ist
unabhängig von der gest. hiesigen Zeitung
zu lesen, ob im dortigen Verwaltungs-
bezirk anarchistische Vereine bestanden
und anarchistische Versammlungen
abgehalten worden, sowie ob und wo
solche anarchistische Versammlungen
abgehalten worden sind, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, sowie in
den hiesigen Zeitungen, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, insbesondere

18/9 94
18/9 94

Das Dingemannsche Buch ist
unabhängig von der gest. hiesigen Zeitung
zu lesen, ob im dortigen Verwaltungs-
bezirk anarchistische Vereine bestanden
und anarchistische Versammlungen
abgehalten worden, sowie ob und wo
solche anarchistische Versammlungen
abgehalten worden sind, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, sowie in
den hiesigen Zeitungen, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, insbesondere
in den hiesigen Zeitungen, insbesondere

Herrn. W. W. W. W.
unabhängig!

Das Dingemannsche Buch
zu

N. 58. 1894

Oberhausen.

K. W.

der Gasthaus vorüber, da sich ein Feind
der Ordnungspolizei in seiner Wohnung
versteckt, das Dynamit will
er in die Kasse, in dem Hause
verschieden haben.

Winn Aufjagd geht dahin, dass
uns allein die Wahrheit der
Tat als Bestrafung, die
Kriegs- u. s. w. durch die
überwiegend in der
in den Räumlichkeiten, jedoch in einzelnen
Lokalitäten, jedoch in einzelnen
Lokalitäten, kann man die
Linden auf freier Erde der
folgend kann die in der
Pflanzung der Pflanze
zu verbinden sind.

Oberst. M. G. H.

[Handwritten signature]
[Handwritten signature]

Oberhausen, 1. Oktober. Dynamit-Attentat.
Gestern abend bald nach 8 Uhr wurden die Bewohner der Um-
gebung der Allee durch einen donnerähnlichen dröhnenden
Knall in Schrecken gesetzt. Es stellte sich dann auch bald heraus,
dass man an dem Gebäude, welches von den Beamten der Behörde
„Konfordia“ bewohnt wird, speziell an der Wohnung des Kassiers
St., eine Dynamitpatrone gelegt hatte, die zur Explosion gebracht
worden war. Die Dynamitpatrone muß wohl in den Hausflur
geworfen und mittels langer Handschnur zum Abbrennen gebracht
worden sein. Die Eingangstür, sämtliche Türen an dem Hause
und die Treppe, welche im Flur liegend nach der oberen Etage
führt, wurden zerstört, so daß nur noch Splinter und Holzstücke
umherliegen; ebenfalls ist das Mauerwerk nach allen Seiten ge-
sprengt und arg beschädigt worden. Herr St. war gerade in dem
Moment der Entladung der Patrone durch die Eingangstür in
den Hausflur getreten. Er fand im Begriff zu dem an der Treppe
stehenden Zimmer zu treten. Unverkennbar ist es, daß
derselbe keine Verletzungen davon getragen hat; nur sein Oberarm
wurde in der Rückenlinie stark beschädigt, ja aus demselben ein
Stück Fleisch vollständig herausgerissen. Die Polizei entsandte ein
rührige Kommando um der Urheber dieses Attentates habhaft zu
werden. Schon gleich nach der That wurde durch Feuerweh-
mannschaften u. das Terrain abgesehen, um die gefährlichen Burgen
zu ermitteln. Wie weit diese Nachforschungen bisher von Erfolg
begleitet gewesen sind, konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

(2) Oberhausen, 20. Okt. Ein zweites Dynamit-
Attentat sollte am Samstag Abend die Bewohner unserer Stadt
in Aufregung versetzen. Von ruckloser Hand wurde in den Keller des Kassiers
der Gutehoffnungshütte eine Dynamitpatrone geworfen, welche zur
Explosion kam und an Fenstern und Mauerwerk Schaden anrichtete.
Auch sollen mehrere Weinsässer zertrümmert worden sein.
Dagegen wurden Menschenleben glücklicherweise nicht gefährdet.
— Über das vorstehend gemeldete Verbrechen entnehmen wir einem
Bericht der „N. D. Ztg.“ folgendes: Es war Punkt 1/8 Uhr.
In dem Gesellschaftszimmer über dem Keller befanden sich einige
dreißig Herren in gemütlicher Unterhaltung, als plötzlich ein
kanonenschüssiger Knall erscholl. Die Flammen erloschen, unge-
fähr zwei Duzend Fenster zerplatzten zu Atomen, und die Bier-
gläser sangen, von unsichtbarer Gewalt bewegt, auf den Tisch.
Nüchtern stürzten alle nach der ersten Ueberraschung zu den Türen,
da man sich über die Art des Vorganges sogleich bewußt war,
aber leider war von dem Attentäter keine Spur mehr vorhanden.
Wir wollen hier gleich erwähnen, daß Gott sei Dank, der ange-
richtete Schaden sich nur auf Material beschränkt. Die zerstörten
Fenster wurden noch in der Nacht wieder eingeseht. Der ober-
ste Keller, an welcher die Dynamit-Patrone angebracht
worden war, liegende massive Quaderstein ist in der Mitte
geborsten, eine zur Sicherheit vor der Aule angebrachte, etwa
8 Zentimeter dicke Eisenklinge fast zu einem Halbkreis gebogen.
Die Verschaltung des Treppenhauses ist abgehoben, die Nägel sind,
wie mit der Zange, bis zur Spitze aus den Füllungen heraus-
getrieben. Der Dekan der Gesellschaft, Herr Hartmann, war
eben im Begriff, die Kellertüre zu schließen, als die Explosion er-
folgte, von deren Gewalt ihm die Kellertüre an den letzten Nern
geschmettert wurde, doch kam er mit einer leichten Kontusion davon.
Wochenlang wurde die in dem Gesellschaftszimmer befindliche
Trumane, der an der Wand angebracht ist, umverkehrt. Ein Wehger-
helle, der Fleisch gebracht hatte, sah beim Herausgehen die
glühende Handschnur, hielt den Funken aber für einen brennenden
Zigarrenstummel und ging ahnungslos seiner Wege. Er war kaum
50 Schritte weit gekommen, da ging der Schuß los, eine Minute
fehlte, und der Mann wäre sicherlich nicht ohne Verwundung
davongekommen. Bestimmtes über den oder die Täter läßt sich
nicht sagen. Eine Person ist zwar verhaftet, die Verhaftung zweier
weiteren soll noch vorgenommen werden, ob es aber die richtigen
sind, steht noch dahin. Dieser neue Mordanschlag hat natürlich unter
der Bürgerschaft eine hochgradige Aufregung hervorgerufen.

Königl. Landgerichte

zu
Duisburg.

Jrs. 4/11.94.

Winn 38

Opium!

in prima
processu
procurator
Winn 38
für die
17/11 94

In der Untersuchungssache wider den Landmann Otto Leichsenring und
Genossen wegen Verbohrung anarcho-socialem Christen und Feilkaufen von
einigen Genußmitteln anfolgender Verbohrung ist, wie ich vom 5. Juli d. J. die
jenigen Mittheilung zu ergangen, daß Leichsenring daselbst, in dem f. g. social.
demokratischen Bildungsausschuß begründet, habe, dessen 35 bis 40 Mitglieder Opium,
Luxuriöse Forcellarbeiten sind vorzuziehen sein.

Es liegt die wohl begründete Vermuthung vor, daß dieser Verein doppelte Zwecke
anstrebt, wozu der f. g. Volkswahnsinn, den der so. Leichsenring im Frühjahr 1892
in Alsteden und andern Orten vorgeführt, wie daß sonst seine Mitglieder einen ex-
ponierten social-demokratischen und gewarnt anarcho-socialem Charakter annehmen.

Es bitte mir ein Vergleichen der gegenwärtigen Verein nicht gelassen, passen die
Kämpfer der (Anarchisten) nicht mehr mit der Arbeit und den Umgehung der
Mitglieder sind nach wie vor der sehr Vorstand bildenden Personen nicht entfernt zu
Etwa zu befehlen.

Es gleiche verhalten ist mir die Polizeiverwaltung darauf hinzuweisen, daß es seit
dem 30. September und 30. October d. J. nicht, wie
bis her auf demselben ungenügend, dem Oben eine gesonderte Aufsicht
sachliche Prüfer, sondern nicht planmäßig Sachverständigen ansehnlichen Angelegenheiten
brauchen. Für eine solche Untersuchung ist der Verkauf der Abhandlung der
Abhandlung, der Öffentlich auf dem Verkaufsmarkt im letzten Falle und die bewußt,
die Beschäftigung der drei Personen zu der Untersuchung.

Wohl aber ist der Fall, die Abhandlung von schwebelichtem Charakter nicht genau, so
soll es gewarnt sein anarcho-socialem, daß nicht Leichsenring nicht sein Mann
brauchen Adam Litzke und Heilkaufen zu diesem Aufsicht dem daß alle Aufsicht
sind Widerspruch gegenwärtig. - 28 -

Opium von diesem vierteljähr, die am 4. u. 11. d. M. durch seinen Feilkauf von einem
den Leichsenring voraussetzten Tugenden Anarcho-socialem in Betracht, sowie andern
wegen ihrer Tugenden gelidigen Kräfte sind ihm die Arbeit mit Leichsenring
abwendigen Ansehnlichen.

Es habe dabei zuvor die drei Behörden Gerhard Lehner, Friedrich Pallen,
und Wilhelm Lohs, um diese Leute in Mülheim a. d. R. bei wofür die
in Oberhausen wohnen, die Langkate August, Koepfer, Jacob Kunz und
Johann Mersel in Oberhausen, Hermann Loh, Michael Schütz und
Hermann Klusmann und Joseph von Wyl in Dümpden, Philipp Reiß
in Alsteden, sowie der Pfarrer August Schupp in Speldorf und der Pfarrer
Wilhelm Heugens in Mülheim a. d. R.

Die Polizei, Verwaltung wird angewiesen werden, soweit möglich, festzustellen,
ob nicht Oben, die die Beschäftigung dieser und andern, wegen ihrer Tugenden,
sowie Ansehnlichen, Personen an den gegenwärtigen Ansehnlichen und an
sonstigen an dem letzten vorgeführt, wie zu diesem Zwecke nicht die Polizei,
sondern die in Mülheim a. d. R., Siegen und Bielefeld in Verbindung zu
werden.

Es mag übrigens darauf hinzuweisen, daß auf Wunsch der vorgesetzten
Behörden oder einer der dem Sachverständigen und Landrat der Tugenden,
sowie der die vorliegenden Untersuchungen zur Verfügung stellen der
Ober-, Lagereisen Proben der Beschäftigten die Untersuchung
der Untersuchung dortin gesucht werden können, wie bitte ich, hinsichtlich,
zu stellen ob hierzu schriftlich der Herr Landrat zu Mülheim a. d. R. eine
sich die in Aufsicht geschehen soll.

Der Erste Staatsanwalt
Dr. Johann

Oberhausen
F 903/92
17380a
- 29 -

Dusseldorf
17/11 94

Gefinn!
N^o 38

Obersachsen, den 10. Juni 1875

H. H. dem Königl. Sachsen
amtsl. Herrn v. Jordan
Lehrer

Lehrer

in der Provinz Sachsen, Kreis Magdeburg, Amt Aschersleben, Kreis Aschersleben, Kreis Aschersleben

1875

überwies ich Ihnen in der Anlage
Habe ich die Schulbücher
für die Schulen der Provinz
Sachsen und die Volksschulen
Sachsen. Letztere sind am 29. v. M.

als nicht mehr besprochen abgenommen.

Ich bin überzeugt, dass Sie in
der vorliegenden Angelegenheit
eine günstige Entscheidung
erwarten können. Ich bitte
um Ihre gütliche Genehmigung
dieser Angelegenheit.

Ich verbleibe
Ihr ergebener
Der Bürgermeister

L. J. A.

1875
Kgl.

ch
h.